

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, 24. FEBRUAR 1949

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

4. JAHRGANG / NUMMER 15

Preisgesetz in Frankreich

PARIS. Die mit der Prüfung der Lohn- und Preisfragen beauftragten Delegierten des französischen Wirtschaftsrates sind sich darüber einig, daß Maßnahmen für eine allgemeine Preislenkung um 10 Prozent notwendig sind. Die französische Nationalversammlung stimmte nach eingehenden Beratungen dem Regierungsgesetzentwurf zur Unterbindung unangerechtigter Preissteigerungen zu. Diese Frage ist um so akuter, als die Teuerung in den letzten Wochen in Frankreich weitere bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Das neue Gesetz sieht scharfe Strafen gegen Wucher und künstliche Verknappung des Angebots durch Zurückhaltung von Warenvorräten vor. Die Preise vom 15. Januar dürfen nur bei effektiver Erhöhung der Herstellungskosten eine Änderung erfahren.

Mit dem Kampf gegen die Preissteigerung steht und fällt die gegenwärtige Regierungspolitik in Frankreich. Von Gewerkschaftsseite wurde bereits eine Herausforderung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent gefordert. Ministerpräsident Schuman hat Gerüchte über eine Lockerung des Lohnstopps dementiert.

Londoner Deutschlandkonferenz tagt

Benelux-Staaten gleichberechtigte Teilnehmer / USA weisen Protest der UdSSR zurück

LONDON. Die amerikanisch-englisch-französischen Botschafter-Besprechungen über deutsche Probleme, bei Beteiligung der Benelux-Staaten, haben nun doch, entgegen allen Gerüchten über eine neuerliche Vertagung, am gestrigen Tage begonnen. Die Besprechungen sind, wie schon mehrfach betont wurde, inoffiziell und spielen sich auf rein diplomatischer Ebene ab. Das Foreign Office gab eine Erklärung heraus, wonach erst am Ende der Konferenz mit einem Kommuniqué zu rechnen ist. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Besprechungen „vertraulichen“ Charakter hätten.

Eine längere Unterhaltung zwischen Außenminister Bevin und dem Botschafter der USA, Douglas, führte zu einem Einvernehmen über die Teilnahme der Benelux-Staaten an den Deutschlandbesprechungen, nachdem bis dahin von Seiten der USA Einwände dagegen erhoben worden waren. In der englischen Einladung an die Benelux-Staaten wurde darauf hingewiesen, daß diese an den

Diskussionen und Entscheidungen „gleichberechtigt“ teilnehmen sollen.

„Die amerikanische Regierung ist überrascht, daß die Sowjetregierung es für notwendig erachtet hat, den anderen Mächten ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Deutschland ins Gedächtnis zurückzurufen“, antwortete Unterstaatssekretär Lovett auf die Protestnote der UdSSR gegen die Londoner Deutschlandbesprechungen. Im Potsdamer und in anderen Abkommen über Deutschland fände sich keine Bestimmung, die die Mächte daran hindere, Fragen von allgemeinem Interesse untereinander zu erörtern. Es stehe der Sowjetregierung frei, sich mit den anderen Besatzungsmächten zur Vorbereitung gesunder Maßnahmen zusammenzutun, die geeignet seien, die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Der Protest der Sowjetregierung gegen die Bemühungen, konstruktive Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Situation in Deutschland vorzubereiten, könne nur als Versuch ausgelegt werden, die Verantwortung, die sie für die derzeitige Aufspaltung Deutschlands trage, von sich abzuwälzen.

Der politische Berater General Clays, Botschafter Murphy, betonte bei einem Presseinterview, die Regierung der USA sei nach wie vor an einem Zusammenschluß aller vier Besatzungszonen interessiert. Als einen der wichtigsten Schritte zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft sieht Murphy die Durchführung der Währungsreform an. Er glaubte versichern zu können, daß sie bis zur Übernahme der Verwaltung der amerikanischen Besatzungszone durch das amerikanische Außenministerium — vorgesehen ist der 1. Juli 1948 — bereits vollzogen sein werde.

Schlechte Aussichten für Oesterreich

LONDON. Die Kommission der Sonderbeauftragten des Außenministers, die mit der Ausarbeitung des Staatsvertrags für Oesterreich sich zu befassen haben, trat erstmals wieder am vergangenen Freitag in London zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Prüfung der sowjetischen Vorschläge bezüglich der Regelung der Frage der deutschen Guthaben, der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, des Erdölproblems und der Abfindungssumme in Höhe von 200 Mill. Dollar, die die UdSSR von Oesterreich fordert.

Die Vertreter der Westmächte nahmen in der Samstagssitzung den Standpunkt ein, daß eine Einigung über diese Vorschläge nicht möglich sei, solange man die Auswirkungen dieser Vorschläge auf die österreichische Wirtschaft nicht kenne. Die nächste Sitzung wurde für den heutigen Tag einberufen.

Dreier-Abkommen über die Saar unterzeichnet

BERLIN. Von amerikanischen, französischen und englischen Sachverständigen wurde am vergangenen Freitag ein Abkommen über das Saarland unterzeichnet, das „die technischen Probleme, die sich aus dem wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an Frankreich ergeben“, lösen soll. Das Abkommen befaßt sich vor allem mit der Kohlen- und der Reparationsfrage sowie mit dem Handel zwischen dem Saarland und der Bizone.

Aus dem nach Abschluß der Verhandlungen herausgegebenen Kommuniqué geht hervor, daß die Herausnahme der Saarkohle aus der gesamtdeutschen Förderung, wie bereits angekündigt, stufenweise durchgeführt und bis zum 1. April 1949 abgeschlossen sein soll. Ueber den Handel zwischen dem Saarland und der Bizone wurde vereinbart, daß der Handelsaustausch zwischen dem Saarland und Deutschland ab 1. April 1948 unter dem Begriff „Außenhandel“ fällt und daher in Dollar verrechnet wird.

Die Kohlenmengen, die das Saarland weiterhin an Deutschland liefert — sie werden stufenweise verringert — sind wie bisher in Mark zu bezahlen. Nach dem am 20. Februar in Berlin beschlossenen Abkommen hat Frankreich ein Anrecht auf einen bestimmten Teil der Ausfuhr von Ruhrkohlen und -koks, der in dem Maße steigen soll, als sich die tägliche Ruhrkohlenförderung erhöht. Die Saarkohle wurde als „Bestandteil der französischen Wirtschaft nach Ausscheiden des Saarlandes aus der deutschen Bergbaugemeinschaft“ bezeichnet. Der Anteil Frankreichs an den Reparationen in Form industrieller Ausrüstungen ist auf Grund der Übernahme der Saarindustrien auf 70 Millionen RM festgelegt.

Französische Fachkreise sind der Ansicht, daß sich die französischen Kohlenimporte aus dem Saarland und aus Deutschland für das zweite Vierteljahr 1948 auf 463 000 t, bis Ende 1948 auf 642 000 t, bis Ende 1949 auf 755 000 t und schließlich für 1950 auf über 1 Million t monatlich belaufen könnten.

12 tschechoslowakische Minister zurückgetreten

PRAG. Wie erwartet, hat sich die tschechoslowakische Kabinettskrise rasch verschärft. Aus Protest gegen die Politik der kommunistischen Partei haben am Freitagmittag die katholischen tschechischen, die demokratischen slowakischen und die volkssozialistischen tschechoslowakischen Minister, insgesamt 12, ihren Rücktritt erklärt. Präsident Benesch hat jedoch den Rücktritt dieser Minister nicht angenommen. Gegenüber einer Fabrikarbeiterdelegation betonte er, daß die Tschechoslowakei auch weiterhin ein parlamentarisches Regime besitzen solle.

Ministerpräsident Gottwald hat sich bereit erklärt, eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Er will „im Einklang mit dem Willen der Arbeiterschaft“ die zurückgetretenen Minister durch Vertreter der großen Nationalorganisationen des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, des Landwirtschaftsverbandes und der Widerstandsbewegung sowie aus den Reihen der Dissidenten der volkssozialistischen Partei, der tschechischen Katholiken und slowakischen Demokraten ersetzen. Die Bildung eines solchen Kabinetts wird jedoch von Präsident Benesch abgelehnt; er wünscht, daß sich alle Parteien der nationalen Front an der tschechoslowakischen Regierung beteiligen.

In einem Kommuniqué der tschechoslowakischen kommunistischen Partei wurde bekanntgegeben, daß die sofortige „Mobilmachung aller Kräfte der Arbeiterklasse“ angeordnet worden ist, um die Regierung Gottwald zu unterstützen, die mit allen sich daraus ergebenden

den Konsequenzen beschlossen habe, die Sache der „Volksdemokratie“ zu verteidigen. Die Leiter der tschechoslowakischen Gewerkschaften beschlossen, die organisierten Arbeiter und Angestellten zu einem einstündigen Generalstreik am heutigen Dienstag aufzurufen, um damit den Forderungen des kommunistischen Ministerpräsidenten Nachdruck zu verleihen.

Ministerpräsident Gottwald führte zur Kabinettskrise aus, der wahre Grund für den Rücktritt der nichtkommunistischen Minister sei, daß die vom Auslande unterstützte tschechoslowakische „Reaktion“ die Aufbaubarbeit der Regierung und die Abstimmung über eine demokratische Verfassung verhindern sowie die brüderliche Hande, die die Tschechoslowakei mit der Sowjetunion verbindet, zerreißen wolle. In einer von kommunistischen Innenminister veröffentlichten Erklärung wurde die Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung, die den bewaffneten Staatsstreich zum Ziele gehabt habe, bekanntgegeben. Auslandsreisen sind seit Montag verboten.

Auch die Sozialdemokraten wollen mit der Regierung nur dann zusammenarbeiten, wenn die bisherige Regierungskoalition erhalten bleibt. Außenhandelsminister Rypka erklärte, was die kommunistische Partei heute unternimmt, sei offensichtlich die Revolte einer kleinen Minderheit.

Gutunterrichtete Londoner Kreise sind der Meinung, daß die jetzige Kabinettskrise nach den Wünschen des Moskauer Kreml ausgelöst worden sei.

Arabischer Bombenanschlag

JERUSALEM. Sonntagfrüh ereignete sich im jüdischen Stadtteil von Jerusalem eine schwere Explosion, durch die mehrere Gebäude zerstört wurden. Alle Häuser im Umkreis von ¼ km sind stark beschädigt. Als Opfer werden 31 Tote und 88 Verletzte gemeldet. Nach der Explosion, einem arabischen Bombenanschlag, kam es zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf auch acht britische Staatsangehörige erschossen wurden.

Das englische Volk könne, erklärte der britische Kolonialminister am Sonntag, die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung in Palästina nicht mehr tragen. Andere Mächte müßten sich jetzt an der Lösung des Palästina-Problems beteiligen.

König von Yemen ermordet?

KAIRO. Der neue Iman von Yemen, Saïd Abdullah Ben Achmed el Waris hat das Foreign Office vom Tod des 85jährigen früheren Königs unterrichtet. Dieser Botschaft war jedoch nichts Näheres über die Umstände, unter denen der Tod des Königs eingetreten ist, zu entnehmen und auch nicht Stellung genommen zu den Gerüchten, wonach der König und seine drei Söhne ermordet worden sind.

Der Rat der Arabischen Liga hat beschlossen, eine Abordnung nach Sana, der Hauptstadt von Yemen, zu schicken, um den Gerüchten nachzuforschen. Die arabischen Staaten wollen die neue Regierung erst anerkennen, wenn der Bericht der Untersuchungskommission vorliegt.

Stadt und Land

Von Dr. Alois Weber

Wir wollen es offen aussprechen: gerade in den letzten Monaten war das Landvolk in vernehmten Maße der Gegenstand der Unzufriedenheit sowohl der Verbraucher in der Stadt als auch der für die Ernährung verantwortlichen Dienststellen und Behörden. Diese Unzufriedenheit machte sich bei jenen oft Luft in unmißverständlicher Kritik, ja sogar bitteren Schimpfereien und bei dieser äußert sie sich in immer strengeren Erfassungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen. Bei alledem muß uns die Tatsache nachdenklich stimmen, daß durch all dies nicht nur keine Besserung der Lage erreicht wird, sondern vielmehr sich die Verhältnisse zum Leidwesen von Stadt und Land immer ungünstiger entwickeln.

Ein Hauptgrund unserer heutigen Ernährungsnot ist, wenn wir von den sich aus einem verlorenen Krieg ergebenden Konsequenzen absehen, der dauernde Rückgang der Ablieferungsquoten unserer Landwirtschaft. Dabei kann man nicht sagen, daß dies eine Folge slawigen Verhaltens unserer Erfassungsgesetze sei. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Selbstverständlich machte sich die außerordentliche Trockenheit des vergangenen Sommers, der Mangel an Saatgut, Kunstdünger, Kraftfutter, Maschinen und Arbeitskräften immer bemerkbarer. Allein die Ursache der Vertrauenskrise glauben wir wo anders, und zwar viel tiefer suchen zu müssen. Wenn wir mit den im allgemeinen wirkungsvollen Bauern sprechen, dann stoßen wir schon eher auf den Kern des Problems. Wir stellen dann fest, daß nicht nur die Stadt, sondern auch das Landvolk von einer Vertrauenskrise erfaßt ist und zwar sind es vor allem zwei Gründe, die hierzu Anlaß geben:

Das traditionsgebundene Landvolk beklagt sich darüber, daß die Verwaltungen berufsfremd geworden seien. Man sehe überall neue Gesichter, die meistens aus nichtlandwirtschaftlichen Kreisen stammen. Während bis zum Jahre 1933 die politischen Bauernvereine einerseits und die rein fachlichen landwirtschaftlichen Vereine andererseits — die beide natürlich aus dem Organisationsbedürfnis der Bauern entstanden — sich in ihren Aufgaben teilten, wurden nach dem Zusammenbruch die Aufgaben der Marktverbände von rein staatlichen Organen wahrgenommen. Der Bauer sieht in ihren Vertretern nicht „seinesgleichen“, sondern eben eine ihm vorgesetzte, papierene Vollzugsbürokratie.

Als zweite wichtige Ursache des mangelnden Vertrauensverhältnisses zwischen Stadt und Land erweist sich das ungenügende Vertrauen der Landwirte in die allgemeine Wirtschaftspolitik. Er kann es nicht verstehen, daß er für das Geld von fünf abgelieferten Litern Vollmilch nur ein Liter Dünnschmelz (für einen Zentner Tabak (70 bis 100 Mark) nur etwa vierzig fünf Gramm schwere Zigarren oder für einen Zentner Kartoffeln (3,00 RM.) nur eine Fahrkarte für 45 km Eisenbahnfahrt kaufen kann. Selbstverständlich kann man dem Bauern entgegenhalten, daß es sich bei Bier und Rauchwaren um Genussmittel handelt, die eben einem verarmten Volk nur in sehr beschränktem Maße zustehen. Allein, er erwidert uns darauf, daß sich auch die Produktionsmittel, die er kaufen muß, — soweit er sie überhaupt vom Geschäftsmann für geldliche Ablieferungserlöse erhält — wesentlich verteuert hätten. Er zeigt uns, daß sich die Reparaturkosten an Maschinen und Arbeitsgeräten verdoppelt haben, ferner, daß die Gebühr für eine Stunde Dreschen, die vor Jahren 7 RM. betrug, jetzt etwa 15 RM. beträgt und daß der Taglohn für landwirtschaftliche Arbeitskräfte sich oft mehr als verdoppelt hat. Der Landwirt aber sagt, er erhalte für einen Zentner Weizen aller Güte heute wie vor 35 Jahren rund 11 RM., für den Zentner Roggen rund 9 RM., für einen Zentner Kartoffeln 3,50 RM. Bei alledem betrage die steuerliche Belastung im Verhältnis zu früher oft das Zehn- bis Zwanzigfache.

Das erklärt, weshalb Strafbescheide und strenge Erfassungsmaßnahmen oft nicht die wünschenswerten Folgewirkungen zeigen. Eine wirkliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens wird wohl weniger mit Hilfe verwaltungsbürokratischer Maßnahmen zu erreichen sein als vielmehr über den Weg einer zweckmäßigen Preis-, Währungs- und Produktionspolitik, sowie durch eine lebendige und berufsnah Durchdringung der landwirtschaftlichen Organisationen, die dem Bauern das Gefühl der Gleichberechtigung und Mitverantwortlichkeit am wirtschaftlichen Leben des Volkes gibt.

Italien liefert Obst und Gemüse

ROM. Zwischen Italien und der französischen Besatzungszone Deutschlands wurde am vergangenen Samstag ein Handelsabkommen von dem bevollmächtigten italienischen Minister Grazzi und dem Leiter des Außenhandelsamtes der französischen Militärregierung Monier, unterzeichnet. Italien wird Obst, Gemüse und Industrieprodukte, Deutschland Holz, Eisenwaren und industrielle Ausrüstungen exportieren. Zwischen den beiden vertragsschließenden Parteien wurde ein Zahlungsab-

Zehnjahresprogramm für die USA

WASHINGTON. Vor Antritt seiner Urlaubspause hielt Präsident Truman seine erste Wahlrede, in der er ein Zehnjahresprogramm für die Regierung der USA entwickelte. Truman hielt danach u. a. eine Hebung des Lebensstandards um 27 Prozent, die Garantierung eines Mindeststundenlohns von 75 Cent und eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge um 10 Prozent für notwendig. Vor Ueberpreisen oder auf Inflation beruhenden Gewinnen müsse man sich, da dies nur „Eintagsfliegen“ seien, hüten. Seine Partei — die Demokraten — sei nach wie vor der Ansicht, daß Wachstumskeit erforderlich sei, um das Volk gegen die Anhäufung von Reichtum und Macht zu schützen, die sich u. U. selbst zugrunde richten und die Nation mit ins Verderben rissen.

Wie das Staatsdepartement der USA in der vergangenen Woche bekanntgab, werden China auf Grund verschiedener Abkommen, die in den letzten Wochen unterzeichnet wurden, aus amerikanischen Ueberschüssen Material für den Luftkrieg und amerikanische Kriegsschiffe überlassen. Die seit 1937 China gewährte Hilfe belaufe sich auf drei Milliarden Dollar.

Der ehemalige Kriegsminister der USA Woodring, der sich zurzeit auf einer Europareise befindet, erklärte bei seinem Besuch in Deutschland: „Wenn wir uns hinter den Atlantik zurückziehen, werden wir gezwungen sein, zu unserem 40-Milliarden-Dollar-Budget noch ein 20-Milliarden-Dollar-Rüstungsprogramm aufzustellen.“

Neue Koalitionsregierung in Japan?

TOKIO. Das japanische Abgeordnetenhaus hat mit 216 gegen 180 Stimmen den Vorsitzenden der demokratischen Partei, Ashida, zum Ministerpräsidenten gewählt. Allgemein wird angenommen, daß Ashida eine dem zurückgetretenen Kabinetts Katayama ähnliche Koalitionsregierung bildet. General McArthur teilte dem Repräsentantenhaus der USA mit, daß es ihm gegenwärtig nicht möglich sei, Japan zu verlassen, selbst wenn er von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses aufgefordert werde, seine Ansicht zu dem amerikanischen Hilfsprogramm für China zu äußern. Die bevorstehende Neubildung der japanischen Regierung und eine Reihe weiterer ernster Schwierigkeiten machen seine Anwesenheit in Japan notwendig.

Frühjahrsoffensive in Griechenland

ATHEN. Mit 190 gegen 90 Stimmen hat das griechische Parlament der Regierung sein Vertrauen ausgesprochen. Ministerpräsident Sophoulis entkräftete den Vorwurf der Opposition, die Regierung greife in die Befugnisse des Armeekommandos ein, durch die Feststellung, die Regierung habe die Armee davon überzeugt, daß sie von der Defensive zur Offensive übergehen müsse. Von der amerikanischen Hilfsmission erhalte sie die notwendigen Waffen zur Ausrottung der Partisanen. Die Offensive selbst wird für das Frühjahr vorbereitet. Die Stärke der Regierungstruppen beträgt jetzt 130 000 Mann, dazu kommen 30 000 Gendarmen, außerdem 50 000 Mann Nationalgarde. General Markos der Leiter der Aufständischen, soll demgegenüber nur über Verbände in Stärke von etwa 20 000 Mann verfügen.

Brückenkopf Litauen

Am 16. Februar bezingen die Litauer zum 34. Male den Jahrestag der Proklamation eines unabhängigen litauischen Staates...

Die 650000 Litauer brachten der zweite Weltkrieg, nach dem deutsch-russischen Bündnis von 1939, durch das Litauen und die übrigen baltischen Staaten ihre staatliche Souveränität wieder verloren.

Die westlichen Demokratien, die USA, England und eine Reihe anderer Staaten haben bis heute diese Annexion durch die UdSSR nicht anerkannt.

Das die baltische Küste als strategischer Brückenkopf von Westeuropa von außerordentlicher Bedeutung ist, braucht wohl nicht bewiesen zu werden.

Freiwillige Eingliederungen, politische Willensänderungen, die keine sind, kennt die Welt seit je und weiß, was sie davon zu halten hat.

Zu Optimismus ist derzeit wenig Anlaß. Das aber scheint sicher zu sein: Ehe nicht den Völkern wieder das Recht zugestanden wird, selbst zu bestimmen...

Urteile im Südostgenerale-Prozess

MÜNCHEN. Im Prozeß gegen die 13 ehemaligen deutschen Südostgeneräle wurde am vergangenen Donnerstag nachmittag vom amerikanischen Militärgericht das Urteil verkündet...

Vorausichtlich wird die Verteidigung bei den zu lebenslänglichen Gefängnis Verurteilungen ein Gegenstand sein.

Der am schwersten durch Geiselnahmen im serbischen Raum belastete General Boehme beging schon vor Überreichung der Anklageschrift Selbstmord...

Röbling-Prozess bis 8. März vertagt

RASTATT. Im Prozeß gegen Hermann Röbling und seine Mitangeklagten hat das Gericht dem durch die Verteidigung eingebrachten Antrag...

DAS WRACK

Krählung von Guy de Maupassant

Ich fragte meine Nachbarin: „Prieren Sie auch nicht, Miß?“ „Oh, doch! Ich friere sehr.“ Ich wollte ihr meinen Mantel geben...

Kontrollrat diskutiert Abrüstungsthema

BERLIN. Die Sitzung des Alliierten Kontrollrats am vergangenen Freitag, die General Koenig leitete, unterschied sich in ihrem Verlauf nicht wesentlich von den vorangegangenen.

General Clay erklärte sich einer Meinung mit dem britischen Oberbefehlshaber: „Diese Methode der Anklagen, die von der sowjetischen Delegation nunmehr seit mehr als zwei Jahren verfolgt wird, beginnt ermüdend zu wirken.“

STUTTGART. General Clay hat das am 21. Januar 1947 vom amerikanischen Militärgericht in Stuttgart gegen Siegfried Rabus ausgesprochene Todesurteil jetzt bestätigt.

MÜNCHEN. Nach dem Plan des Weimarnährungsplans soll die Bizone 1948 Zeitlimpote in Höhe von 2000 T erhalten.

FRANKFURT. Die wiederaufgebaute Paulskirche wird nicht mehr als Pfarrkirche, sondern als Versammlungsstätte für bedeutsame kirchliche, kulturelle und politische Veranstaltungen Verwendung finden.

HERFORD. Ein Lastkraftwagen mit über 4 Mill. geschmuggelten Zigaretten wurde von britischer Polizei auf der Straße zum Verschieptenlager Hohenberg beschlagnahmt.

HANNOVER. Die britische Militärregierung hat ein Schreiben an den niedersächsischen Landtagspräsidenten gerichtet, in dem sie mitteilt, daß dem polnischen Auslieferungsantrag gegen Ministerpräsident Kopf nicht entsprechen werde.

HAMBURG. Zwischen den englischen Besatzungsbehörden in Deutschland und der polnischen Regierung wurde ein Abkommen erzielt in der Frage der Reparaturierung von Polen, die in der britischen Zone ansässig sind.

BERLIN. Die amerikanische Militärregierung verbietet in ihrem Sektor die Verbreitung von Auszügen aus Londoner Konferenzen Molotows.

BERLIN. In Anwesenheit von über 700 Delegierten wurde am Samstag der Großberliner „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ eröffnet.

SPD will nicht „5. Rad am Wagen“ sein

KASSEL. SPD-Partei-Vorstand und -Ausschluß stellen sich in einer gemeinsamen Tagung hinter die von Dr. Schumacher proklamierte Politik. Es wurde festgelegt, daß die SPD nur dann an einer Koalition im Wirtschaftsrat teilnehmen werde, wenn Gewähr dafür gegeben sei, daß die SPD nicht „das 5. Rad am Wagen“ ist.

Gekränkte Einheit?

MÜNCHEN. Der ehemalige bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner forderte auf einer Kundgebung der Bayerpartei in München die Bildung eines selbständigen bayerischen Staates.

Eisenchecks der Bizone verfallen

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers Stuttgart treten mit Wirkung vom 21. Januar die im Jahre 1946 ausgegebenen Bestell- und Eisenchecks außer Kraft.

Um Aluminium und Buna

HANNOVER. General Clay hat die Erlaubnis zur Wiederaufnahme einer begrenzten Aluminiumproduktion gegeben.

Außenhandels-Nachrichten

Das französische Exportprogramm steht am 17. November seit Kriegsende, die Lieferung von 200 t Kolonialwaren aus Äquatorialafrika und 2000 t Rindfleisch aus Kamerun vor.

Herzogin und Schloßherren

Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager weitere Mitglieder der Reichskammer der Adeligen.

Kulturelle Nachrichten

In Deutschland und Österreich sollen Zwangsbeziehungen der 1946 unter dem Vorsitz Paul Claudel in Paris gegründeten Roman-Kolland-Gesellschaft eingeleitet werden.

Der Aufbau-Verlag in Berlin hat von dem New Yorker Aufbau-Verlag die Rechte der Herausgabe sämtlicher Werke für Deutschland erworben.

Die Verflechten in Florenz

Die Verflechten in Florenz, die während der letzten acht Jahre geschunden waren, werden in Bildung der Gefühlsfähigkeit wieder möglich sein.

Biedermänner und Schoppentrinker

Er habe mit „Spielern, Biedermännern und Schoppentrinkern“ zusammenarbeiten müssen, erklärte Heinz Hilpert bei einem Presseinterview.

Hilpert hatte aber auch in München Peck, Kultminister Dr. Hundhammer erklärte ihm, das Münchner Stadttheater sei eine bayerische Angelegenheit und Bayern ein katholisches Land.

Die Abgeordneten für Frankfurt

FRANKFURT. Alle Landtage der Bizone haben nunmehr die neuen Mitglieder in den erweiterten Wirtschaftsrat gewählt.

AUS DER WIRTSCHAFT

Februar 1948 den Kontingentstellen zur Verrechnung abzugeben.

Schrottausfuhr und Stahlproduktion

BERLIN. OMGUB-Beamte haben nach Überprüfung der Bizone-Schrotthändler mit einer Delegation amerikanischer Schrottschwerindustrie erörtert, daß der Umfang der Bizone-Schrottexporte den Wiederaufbau nicht gefährden dürfe.

Eisenchecks der Bizone verfallen

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers Stuttgart treten mit Wirkung vom 21. Januar die im Jahre 1946 ausgegebenen Bestell- und Eisenchecks außer Kraft.

Um Aluminium und Buna

HANNOVER. General Clay hat die Erlaubnis zur Wiederaufnahme einer begrenzten Aluminiumproduktion gegeben.

Außenhandels-Nachrichten

Das französische Exportprogramm steht am 17. November seit Kriegsende, die Lieferung von 200 t Kolonialwaren aus Äquatorialafrika und 2000 t Rindfleisch aus Kamerun vor.

Herzogin und Schloßherren

Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager weitere Mitglieder der Reichskammer der Adeligen.

Kulturelle Nachrichten

In Deutschland und Österreich sollen Zwangsbeziehungen der 1946 unter dem Vorsitz Paul Claudel in Paris gegründeten Roman-Kolland-Gesellschaft eingeleitet werden.

Der Aufbau-Verlag in Berlin hat von dem New Yorker Aufbau-Verlag die Rechte der Herausgabe sämtlicher Werke für Deutschland erworben.

Die Verflechten in Florenz

Die Verflechten in Florenz, die während der letzten acht Jahre geschunden waren, werden in Bildung der Gefühlsfähigkeit wieder möglich sein.

Nachrichten aus aller Welt

STUTTGART. General Clay hat das am 21. Januar 1947 vom amerikanischen Militärgericht in Stuttgart gegen Siegfried Rabus ausgesprochene Todesurteil jetzt bestätigt.

MÜNCHEN. Nach dem Plan des Weimarnährungsplans soll die Bizone 1948 Zeitlimpote in Höhe von 2000 T erhalten.

FRANKFURT. Die wiederaufgebaute Paulskirche wird nicht mehr als Pfarrkirche, sondern als Versammlungsstätte für bedeutsame kirchliche, kulturelle und politische Veranstaltungen Verwendung finden.

HERFORD. Ein Lastkraftwagen mit über 4 Mill. geschmuggelten Zigaretten wurde von britischer Polizei auf der Straße zum Verschieptenlager Hohenberg beschlagnahmt.

HANNOVER. Die britische Militärregierung hat ein Schreiben an den niedersächsischen Landtagspräsidenten gerichtet, in dem sie mitteilt, daß dem polnischen Auslieferungsantrag gegen Ministerpräsident Kopf nicht entsprechen werde.

HAMBURG. Zwischen den englischen Besatzungsbehörden in Deutschland und der polnischen Regierung wurde ein Abkommen erzielt in der Frage der Reparaturierung von Polen, die in der britischen Zone ansässig sind.

BERLIN. Die amerikanische Militärregierung verbietet in ihrem Sektor die Verbreitung von Auszügen aus Londoner Konferenzen Molotows.

BERLIN. In Anwesenheit von über 700 Delegierten wurde am Samstag der Großberliner „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ eröffnet.

KASSEL. SPD-Partei-Vorstand und -Ausschluß stellen sich in einer gemeinsamen Tagung hinter die von Dr. Schumacher proklamierte Politik.

MÜNCHEN. Der ehemalige bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner forderte auf einer Kundgebung der Bayerpartei in München die Bildung eines selbständigen bayerischen Staates.

Nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers Stuttgart treten mit Wirkung vom 21. Januar die im Jahre 1946 ausgegebenen Bestell- und Eisenchecks außer Kraft.

HANNOVER. General Clay hat die Erlaubnis zur Wiederaufnahme einer begrenzten Aluminiumproduktion gegeben.

Das französische Exportprogramm steht am 17. November seit Kriegsende, die Lieferung von 200 t Kolonialwaren aus Äquatorialafrika und 2000 t Rindfleisch aus Kamerun vor.

Dr. Ernst Müller und Alfred Schwager weitere Mitglieder der Reichskammer der Adeligen.

In Deutschland und Österreich sollen Zwangsbeziehungen der 1946 unter dem Vorsitz Paul Claudel in Paris gegründeten Roman-Kolland-Gesellschaft eingeleitet werden.

Der Aufbau-Verlag in Berlin hat von dem New Yorker Aufbau-Verlag die Rechte der Herausgabe sämtlicher Werke für Deutschland erworben.

Die Verflechten in Florenz

Die Verflechten in Florenz, die während der letzten acht Jahre geschunden waren, werden in Bildung der Gefühlsfähigkeit wieder möglich sein.

Der bekannte französische Schriftsteller Jules Romains ist das Kreuz der Ehrenlegion verliehen worden.

Interessante Nachrichten aus aller Welt, die in den verschiedenen Spalten des Tagesblatts zu finden sind.

Von Freud und Leid in Calw

Ständesamtliche Verbindungen im Januar 1948
Geburten: Hilde Maria, T. d. Adolf Mann...
Todesfälle: Hilde Maria, T. d. Adolf Mann...

Thesenabende im Volkbildungswerk Calw

Im Mittelpunkt der beiden Thesenabende, die wir als Veranstaltung des Volkbildungswerkes...

Kulturelle Rundschau

Die Kirchenglocken läuteten beim
Die Kirchenglocken läuteten beim
Die Kirchenglocken läuteten beim...

Beseitigung der Hochwasserschäden im oberen Nagoldtal

Malgabende Persönlichkeiten, darunter Vertreter
des Landwirtschaftsministeriums in Tübingen...

Malerschule in Nagold

In der Gewerbeschule Nagold wurde ein
Fachkurs für staatliche Malerlehrlinge des früheren...

Bürgermeisterwahl

Die Bürgermeister der alten Kreise Nagold
besprechen in Anwesenheit des Stellvertreters...

Banditen und Mörder hinter Schloß und Riegel

Nachdem in der Zwischenzeit bekannt geworden
waren, wurden in Stuttgart verhaftet...

Nagold in der Statistik

Die Stadt Nagold hatte am 1. 1. 1948
einschließlich Iselhausen eine Einwohnerzahl von 3628...

Förderung des Obstbaus im Bezirk Nagold

Obstbauwart W. W. Nagold, entläßt auch
während der kalteren Jahreszeit erspürliche Arbeit...

Familiennachrichten

Karl-Friedrich,
Gottes Güte schenkte uns einen
gesunden Sohn, Herbert Krebs u.
Frau Lutz, geb. Wucherer...

Mehrere Hans- und Küchengehilfen

Mehrere Hans- und Küchengehilfen
sind für die Lehrerbildungsanstalt
Calw, Schillerstraße, in...

Kaufgesuche

Lastwagen, 2 Tn. mit Anhänger,
mit Diesel- oder Generator-
Antrieb, gesucht...

Veranstaltungen

Sportverein Calw v. 1946 e. V.,
Am kommenden Freitag, den 27.
Februar 1948, 20 Uhr, findet unsere...

Stellenangebote

Gold- und Silberschmied(innen),
Zurichter, Köchinnen, Polier-
innen, weibl. und männl. Lehrlinge...

Jüngere Mädchen

Jüngere Mädchen
oder Frauen sofort für Buch-
binderei und Maschinenbau...

Tausch / Geboten

DKW, Meisterkl., fahrbereit,
gesucht Mercedes, 2, 2 oder 1,70
Liter, auch rustikal...

Tiermarkt

Netze- und Faltsack gibt es gegen
Schlachtkuh, Füll Gräber,
Gehirne, Schädel...